

Name, Vorname	geboren am
Personalnummer	Telefonnummer für evtl. Rückfragen (optional)
Anschrift	E-Mail-Adresse für evtl. Rückfragen (optional)

Landesamt für Steuern und Finanzen  
Referat 338/D Versorgung  
Postfach 10 06 55  
01076 Dresden

### Antrag auf Erteilung einer Versorgungsauskunft

Hiermit beantrage ich die Erteilung einer Versorgungsauskunft in folgenden Fällen (**maximal zwei frei wählbare Varianten**, siehe Hinweis Nr. 1 auf der Rückseite):

#### 1. Ruhestandseintritt/-versetzung

Versetzung/ Eintritt in den Ruhestand	mit Ablauf des
wegen Erreichens der gesetzlichen Altersgrenze	
auf Antrag (frühestens ab Vollendung des 63. Lebensjahres bzw. des 60. Lebensjahres für Beamte des Polizei- und Justizvollzugsdienstes)	
auf Antrag wegen Schwerbehinderung (frühestens ab Vollendung des 60. Lebensjahres) Bitte legen Sie eine Kopie des Schwerbehindertenausweises bei.	
wegen Dienstunfähigkeit	

#### 2. Künftig beabsichtigte Freistellung vom Dienst

Teilzeitbeschäftigung von      bis      im Umfang von      Stunden pro Woche.  
Beurlaubung ohne Dienstbezüge von      bis     

#### 3. Ich habe Anspruch auf folgende Renten – oder Versorgungsleistungen:

(Bitte beachten Sie hierzu Hinweis Nr. 3 auf der Rückseite.)

Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder Renten nach dem Gesetz für die Alterssicherung der Landwirte.

Renten aus einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Angehörige des öffentlichen Dienstes (z.B. VBL).

Leistungen aus einer berufsständischen Versorgungseinrichtung oder einer befreienden Lebensversicherung.

Leistungen aus einer betrieblichen Altersversorgung.

Renten/Versorgungsleistungen ausländischer Versicherungsträger.

Ich habe keinen Anspruch auf o.g. Leistungen.

Ort, Datum

Unterschrift

## Hinweise zum Ausfüllen des Vordruckes

1. Es werden **maximal zwei frei wählbare** Varianten berechnet. Bitte wählen Sie daher unter Punkt 1. in der Tabelle höchstens zwei verschiedene Zeitpunkte für den Beginn des Ruhestandes aus.

Darüber hinaus berechnen wir Ihnen **in jedem Fall zusätzlich** Ihre Versorgungsbezüge für den Fall des Eintritts in den Ruhestand wegen Erreichens der gesetzlichen Altersgrenze. Damit möchten wir Ihnen ermöglichen, die finanziellen Auswirkungen eines etwaigen vorzeitigen Ausscheidens konkret einzuschätzen. Setzen Sie unter Punkt 2 kein ergänzendes Kreuz, erfolgt die Auskunftserteilung unter der Annahme einer Vollzeitbeschäftigung. Eine bereits bestehende Teilzeitbeschäftigung wird in dem aus der Personalgrundakte ersichtlichen Umfang und Zeitrahmen bei den ruhegehaltfähigen Dienstzeiten berücksichtigt. Eine künftig beabsichtigte Teilzeit wäre unter Punkt 2 anzugeben.

Falls Sie eine Versorgungsauskunft **nur** für den Fall des Eintritts in den Ruhestand wegen Erreichens der gesetzlichen Altersgrenze wünschen, brauchen Sie unter Punkt 1 kein weiteres Kreuz zu setzen, da diese Variante standardmäßig berechnet wird und deshalb bereits in Zeile 1 vorangekreuzt ist.

Beispiel: Sie wünschen eine Versorgungsauskunft für den Fall des Eintritts in den Ruhestand wegen Erreichens der gesetzlichen Altersgrenze und bei einer Ruhestandsversetzung auf Antrag ab Vollendung des 63. Lebensjahres. Außerdem wollen Sie in beiden Fällen die Teilzeitbeschäftigung wegen Alters ab Vollendung des 58. Lebensjahres bis zum Eintritt in den Ruhestand mit 75 % der regelmäßigen Arbeitszeit in Anspruch nehmen.

Für Ihre Versorgungsauskunft füllen Sie daher unter Punkt 1 die zweite Zeile aus. Unter Punkt 2 setzen Sie das Kreuz bei der Teilzeitbeschäftigung und füllen den Zeitraum der Teilzeitbeschäftigung sowie den Wochenstundenumfang entsprechend aus.

Ihre Versorgungsauskunft wird dann unter der Maßgabe erteilt, dass die Teilzeitbeschäftigung für beide Zeitpunkte des Eintritts in den Ruhestand berücksichtigt wird, d. h. sowohl für die gesetzliche Altersgrenze als auch für die Antragsaltersgrenze ab Vollendung des 63. Lebensjahres. Darüber hinaus berechnen wir Ihnen zum Vergleich die Vollzeitvariante für den Fall des Eintritts in den Ruhestand wegen Erreichens der gesetzlichen Altersgrenze.

2. Unter Punkt 1. können Sie den Zeitpunkt der Ruhestandsversetzung frei bestimmen. In der Spalte „mit Ablauf des“ legen Sie den fiktiven letzten Tag Ihres aktiven Dienstes fest.

Beispiel: Sie haben am 15.5. Geburtstag und wünschen eine Auskunft zu Ihren Versorgungsbezügen, wenn Sie mit Ablauf des Monats der Vollendung des 63. Lebensjahres auf Antrag in den Ruhestand versetzt werden. In die Spalte „mit Ablauf des“ tragen Sie daher den 31.5. des jeweiligen Jahres ein.

3. Entsprechende Nachweise über die Höhe der zustehenden Leistungen sind vorzulegen. Dazu gehören z. B. Renteninformationen bzw. Rentenauskünfte/Versorgungsauskünfte inklusive aller Anlagen oder Bescheinigungen der Träger berufsständischer Versorgungsleistungen. Für den Nachweis genügt eine einfache Kopie.

Den Renten stehen entsprechende wiederkehrende Geldleistungen gleich, die aufgrund der Zugehörigkeit zu Zusatz- oder Sondersystemen der Deutschen Demokratischen Republik geleistet werden.

Zu den Renten/Versorgungsleistungen gehören auch Zahlungen in Form eines Kapitalertrages (z.B. Abfindung oder Beitragserstattung).

Renten/Versorgungsleistungen ausländischer Versicherungsträger umfassen sowohl Renten/Versorgungsleistungen aus einem anderen EU-Mitgliedstaat als auch Renten, die nach einem für die Bundesrepublik Deutschland wirksamen zwischen- oder überstaatlichen Abkommen gewährt werden.

4. Die Auskunft ergeht schriftlich (§ 70 Abs. 1 S. 1 SächsBeamtVG).
5. Wurde eine Auskunft erteilt, besteht ein Anspruch auf eine erneute Auskunft auf der Grundlage eines weiteren Antrags nur bei wesentlicher Änderung der Sach- oder Rechtslage oder frühestens nach Ablauf von drei Jahren seit der letzten Auskunftserteilung (§ 70 Abs. 2 Satz 2 SächsBeamtVG).
6. Das Landesamt für Steuern und Finanzen, Referat 338/D Versorgung, benötigt die Zustimmung zur Einsichtnahme in Ihre Personalgrundakte. Dies ist erforderlich für die Ermittlung der ruhegehaltfähigen Dienstzeiten, welche Bestandteil der Versorgungsauskunft sind (s. o.). Es werden die tatsächlichen Verhältnisse zum Zeitpunkt der Auskunftserteilung zu Grunde gelegt.

Name, Vorname	Personalnummer

## Zustimmung zur Einsichtnahme in die Personalakte

Hiermit erteile ich dem Landesamt für Steuern und Finanzen die Zustimmung zur Einsichtnahme meiner Personalakte.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift